



Norbert Frei

Konrad Adenauer.
Kanzler nach der Katastrophe. Biographie

C.H. Beck | München 2025
317 Seiten, Hardcover | 29,90 €
ISBN 978-3-406-83723-4

Friedrich Kießling

Adenauer.
Dreieinhalb Leben – Biografie

dtv | München 2025
544 Seiten, Hardcover | 30,00 €
ISBN 978-3-423-28468-4

rezensiert von

Klaus-Dietmar Henke, Technische Universität Dresden

Da Lebensbeschreibungen von Politikern mit prägendem Einfluss auf ihre Zeit erklären müssen, wie Person und Epoche, »Life and Times«, ineinander verwoben waren, unterliegen ihre Verfasser besonderen analytischen und erzählerischen Anforderungen. Das gilt gewiss für eine Gestalt wie Konrad Adenauer, Gründungsfigur einer deutschen Demokratie, die inzwischen länger Bestand hat als die wechselnden Staats- und Gesellschaftsordnungen zwischen Gründung und Untergang des Deutschen Reiches. Es fehlt denn auch nicht an Darstellungen,

die uns das Wirken des ersten Bundeskanzlers in der nach ihm benannten Ära vor Augen führen; allen voran das Monumentalwerk von Hans-Peter Schwarz.¹ Was also steuern die rechtzeitig zu seinem 150. Geburtstag erschienenen Biografien von Norbert Frei und Friedrich Kießling Neues zum Verständnis »des Alten« und der jungen Bundesrepublik bei?

Beide Historiker nehmen für sich in Anspruch, Adenauer und seiner Zeit mit »frischem Blick« (Frei, S. 9) zu begegnen. Während Frei sich auf den »Kanzler nach der Katastrophe« des Nationalsozialismus konzentriert, wählt Kießling einen vertieften Ansatz. Er sieht in den siebzig Lebensjahrzehnten vor Adenauers Amtsantritt 1949 einen Schlüssel zum Verständnis seiner Kanzlerschaft und widmet ihnen daher zwei Drittel seiner Darstellung. Wie der spätere Bundeskanzler mit diesen formativen Jahrzehnten voller Brüche umging, sei »die eigentliche Geschichte von Adenauers Leben« (Kießling, S. 12), das sich in den Regierungsjahren untrennbar mit ebendiesen, die deutsche Geschichte bis heute bestimmenden Kontinuitäten und Diskontinuitäten verwoben habe.

Unvermeidlich müssen beide Autoren zur Ära Adenauer hundertfach Repetiertes noch einmal erzählen, doch ergänzen sie sich dabei recht gut, da die Kernkapitel zur Kanzlerschaft bei Frei fast zwei Drittel, bei Kießling dagegen nur ein gutes Viertel des Textumfangs umfassen. Umso erstaunlicher ist es, dass dieses (womöglich der Zeitnot vor dem heranrückenden Jubiläumstermin geschuldete) Manko seine gedankenreiche historische Einordnung Adenauers in keiner Weise beeinträchtigt. Dennoch wäre es wünschenswert, Kießling nähme Gelegenheit, die kompositorische Unwucht seiner Vollbiografie bei einer Neuauflage zu beheben und die Kanzlerjahre mit derselben argumentativen Intensität zu beschreiben wie die Zeit davor.

Im Wesentlichen sind es drei große Themenkomplexe, die von beiden Historikern einer Analyse und teilweisen Neubewertung unterzogen werden: erstens Adenauers Umgang mit dem Nationalsozialismus, zweitens Adenauers politisches Kernprojekt der Westintegration, drittens Adenauers Demokratieverständnis und seine Demokratiepraxis.

Adenauers Umgang mit dem Nationalsozialismus

Der Anlage seines Buches entsprechend sind Kaiserreich und Weimar bei Frei zügig abgehandelt, nicht jedoch die Hitler-Jahre. Ebenso wie bei Kießling stehen bei ihm in Absetzung von der »orthodoxen Adenauerforschung« (Frei, S. 42) bis in die 1990er-Jahre die persönliche Misere, die Existenzängste und die Verzweiflung des ins Abseits Getriebenen im Mittelpunkt, eines politisch Verfolgten, der anders als sein schwer belasteter späterer Staatssekretär Hans Globke niemals der Versuchung zu einer Selbststilisierung als Opfer oder Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime erlag. Beide Biografen würdigen die persönlich-familiären Beweggründe des 1933 aus seinen hohen Kommunal- und Staatsämtern in Köln und Berlin geworfenen Zentrumspolitikers, sich gleichwohl gegen eine aktive Beteiligung am Widerstand zu entscheiden. Dennoch blieb Adenauer durchgängig im Visier der Gestapo, war realer Lebensgefahr ausgesetzt und in seiner Existenz erschüttert. Die Studien zeigen, dass sich der künftige Kanzler über den menscheitsfeindlichen Charakter des Nationalsozialismus vollkommen im Klaren war, dies intern durchaus zu verstehen gab, er jedoch genauso illusionslos erkannte, dass die übergroße Mehrheit seiner Landsleute sich den Heilsversprechen ihres charismatischen Führers bereitwillig ergeben hatte und dem ideologischen Machtstaat in vermeintlicher Pflichterfüllung, Patriotismus oder Fatalismus sehr lange verbunden blieb.

Als Konrad Adenauer nach dem Krieg die politische Bühne wieder betrat und seine früheren Volksgenossen für die Demokratie gewinnen musste, hielt er es im Dienste der »politischen und sozialpsychologischen Konsolidierung einer Gesellschaft nach der Katastrophe« (Frei, S. 10) für angeraten, die Schuld und das Versagen der Deutschen besser nicht oder allenfalls in allgemeinverträglichen Dosen zur Sprache zu bringen. Dieses Beschweigen ging allerdings auch auf handfeste taktische Überlegungen zurück, die in beiden Arbeiten noch etwas mehr

¹ Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986; ders., Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991.

hätten vertieft werden können. Bei der Regierungsbildung im Herbst 1949 hatte der Bundeskanzler gegen erhebliche Widerstände im Unionslager sein strategisches Ziel eines bürgerlichen Blocks rechts von der SPD durchgeboxt. Adenauer konnte sein fragiles Mitte-Rechts-Bündnis jedoch nur aufrechterhalten, wenn er die Interessen und Befindlichkeiten seiner Koalitionspartner FDP und DP in Rechnung stellte. Da diese protestantisch-mittelständischen Parteien in starkem Maße Sammelbecken von Rechtsnationalisten und ehemaligen Nationalsozialisten waren, erschien der Union ein »großzügiger Einbindungskurs«² alternativlos. Auch die innere Stabilisierung der CDU selbst verlangte Zurückhaltung in Vergangenheitsdingen. Als neu entstandene interkonfessionelle Partei musste sie auf eine sorgsame Austarierung zwischen den Angehörigen katholischer und evangelischer Konfession achten und die im protestantischen Milieu besonders stark vertretenen einstigen Anhänger der NSDAP, die nun ins christlich-konservative Lager strömten, möglichst schonend integrieren. Jahrelang saßen im rechtskonservativen Bürgerblock achtmal mehr Bundestagsabgeordnete, die der NSDAP angehört hatten, als in den Reihen der Sozialdemokratie.³

Die nach Krieg und Besatzung grassierende Vergangenheitsmüdigkeit und das Verlangen, es mit der Abbüßung der NS-Zeit allmählich gut sein zu lassen, war Ende der 1940er-Jahre an den überbordenden Forderungen nach einer Wiedereingliederung der allermeisten »Kriegsverurteilten« und »Entnazifizierungsgeschädigten« überdeutlich ablesbar. Diesem Erwartungsdruck, dem sich die liberal-konservative Koalition nicht entziehen konnte, wenn sie ihre Akzeptanz beim Staatsvolk nicht verlieren wollte, entsprach die Adenauer-Regierung sogleich mit entschiedenen vergangenheitspolitischen Weichenstellungen. Der Bundeskanzler schlug das entsprechende Leitmotiv bereits in seiner ersten Regierungserklärung mit der volkstümlichen Formel an, dort wo es vertretbar erscheine, werde man Vergangenes vergangen sein lassen. Eine Kaskade meist gemeinsam mit der SPD beschlossener Gesetze befriedigte die virulenten Erwartungen denn auch in kurzer Abfolge. Es waren Gründungsjahre, »in der die politische Agenda in der Bundesrepublik in heute kaum mehr vorstellbarer Weise bestimmt war von der Wahrung der Interessen der Täter«, hielt Norbert Frei dazu vor fast zwanzig Jahren fest. Daher hätte er gerne ein wenig mehr von seiner wegweisenden Studie zur frühen »Vergangenheitspolitik« in sein Adenauer-Buch einfließen lassen können.⁴

Kießling wird deutlicher, wenn er angesichts der massenhaften Rückkehr ehemaliger NS-Funktionselemente in westdeutsche Behörden das zu Tode zitierte Diktum Adenauers von 1952 zurückweist, wonach man dreckiges Wasser nicht wegschütte, wenn man kein reines habe: »Gerade er hatte überhaupt nicht nach unbelastetem Personal gesucht« (Kießling, S. 398). Ohne die in älteren Adenauer-Studien übliche Zurückhaltung fährt der Bonner Historiker fort: »Der kaum eingeschränkte Rückgriff auf Funktionselemente der Jahre vor 1945, der maßgeblich von ihm initiiert worden war und für die starken NS-Kontinuitäten in der Bundesverwaltung sorgte, verhinderte die Demokratisierung der Bundesrepublik zwar nicht, aber hemmte doch zeitweise deren weitere Entwicklung.« (Ebd., S. 460).

Adenauers engster Mitarbeiter Hans Globke, bis 1945 als Ministerialrat im Reichsministerium des Innern im Kernbereich der völkisch-antisemitischen Agenda des Nationalsozialismus tätig, erfährt im Gefolge der jüngsten Untersuchung zur Geschichte des Bundeskanzleramts eine wesentlich kritischere Behandlung als früher.⁵ Während Kießling Globkes Berufung an die Spitze des Kanzleramts und damit zum mächtigsten Beamten der Republik in mehr allgemeinen Wendungen problematisiert, prangert Frei »die negativen Folgen des Dauer-Skandalons Globke für die politische Kultur und die moralische Glaubwürdigkeit der jungen

² Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001, S. 423.

³ Vgl. Klaus-Dietmar Henke, *Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit*, in: Norbert Lammert (Hrsg.), *Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU*, München 2020, S. 277–298.

⁴ Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005 (Zitat: S. 180); vgl. ders., *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

⁵ Jutta Braun/Nadine Freund/Christian Mentel/Gunnar Take, *Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit*, Göttingen 2025.

Bundesrepublik« unmissverständlich an. »Klar ist auch, dass es für Adenauer selbst zum Stigma wurde: über seine Zeit als Bundeskanzler, ja über seinen Tod hinaus.« (Frei, S. 145)⁶ Das trifft es genau. Hans Globke war das Kainsmal der Ära Adenauer. Gerade deswegen hätte man sich gewünscht, die beiden Werke hätten sich ein wenig eingehender mit dem Preis einer derart robusten Integrationspolitik und der bedrückenden Tatsache befasst, dass die überlebenden Opfer und Gegner des Nationalsozialismus der Bundesrepublik und ihrer nachnational-sozialistischen Gesellschaft lange Zeit nur wenig Vertrauen entgegenbringen konnten.

Adenauers politisches Kernprojekt

Als in Deutschland mit Revolution und Vereinigung von 1989/90 die Realität die Phantasie überholte, waren bald auch die Historikerdebatten über Adenauers Deutschlandpolitik überholt. Der Geschichtsverlauf veränderte die Geschichtsbetrachtung. Übereinstimmend sehen Frei und Kießling in der axiomatischen Grundüberzeugung und der unbeirrbaren Entschlossenheit, mit der Adenauer den jungen Staat der Bundesrepublik innerhalb von drei Jahren gegen den Widerstand von Opposition, Parteifreunden, Koalitionspartnern, meinungsbildenden Intellektuellen und Teilen der Bevölkerung irreversibel an den Westen heftete, die überragende Leistung des Gründungskanzlers – eine den deutschen Traditionen entgegenstehende »revolutionäre« (Frei, S. 270) deutschland- und europapolitische Umorientierung mit den bekannten Etappen von der Montanunion zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und von der umgehend erklärten Bereitschaft zur Wiederbewaffnung bis zum Nato-Beitritt 1955.

Für Frei ist die berühmte Invektive »Kanzler der Alliierten!«, die der sozialdemokratische Oppositionsführer Kurt Schumacher seinem Gegenspieler im Parlament entgegenschleuderte, um ihm das Stigma der Vaterlandsvergessenheit aufzudrücken, in der Sache ein durchaus stimmiges Etikett. In der Tat stellte Adenauer angesichts der Großmächtekonfrontation im Kalten Krieg die Sicherung der individuellen und demokratischen Freiheiten in engster Anlehnung an die Westmächte über eine rasche Wiedererlangung der nationalen Einheit. »Einheit in Freiheit« war gewiss eine Vision des Kanzlers, aber eben nicht sein »operatives Ziel« (Kießling, S. 348). Selbst tiefeschürfendes kontrafaktisches Nachdenken dürfte kein überzeugendes Szenario ergeben, bei dem Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten untätig dabei zugesehen hätten, wie ein Bundeskanzler Schumacher Weichen stellt, um die Einheit Deutschlands um den Preis der Blockfreiheit zwischen Ost und West zu erlangen.

Für seinen Westkurs und für sein erfolgreiches Bemühen um die Wiedergewinnung des moralischen und, buchstäblich, finanziellen Kredits durch frühe, zu Hause stark umstrittene internationale Abkommen fand der Bundeskanzler in den »Adenauer-Wahlen« 1953 und 1957 bei den Westdeutschen ebenso überwältigende Zustimmung wie für die Durchsetzung einer prosperierenden Marktwirtschaft und die Einführung eines dynamischen Rentensystems, das mit der seit Bismarcks Zeiten almosenartigen Altersversorgung Schluss machte. Bei den Haupt- und Staatsaktionen des CDU-Chefs bewegen sich Frei und Kießling weitgehend in Harmonie mit dem dominierenden Adenauer-Bild. Man hätte aber gerne mehr über die gewaltigen Hürden und verfestigten Überzeugungen erfahren, die damals zu überwinden waren. Das gilt für die Deutschlandpolitik einer Sozialdemokratie, die das alte Odium der Vaterlandslosigkeit durch eine unüberbietbar nationale Haltung abzustreifen hoffte, ebenso wie für die Wirtschaftsentwicklung, deren Behandlung sich in beiden Werken mit gängigen Wendungen begnügt. Immerhin ist es der Jahrhundertboom der Weltwirtschaft gewesen, der die Voraussetzungen für das legendäre »Wirtschaftswunder« schuf, das die Ära Adenauer prägte und mehr als alles andere zur Umorientierung der einstigen Volksgenossen beitrug.

⁶ Globkes Einstufung als Adenauers »Eckermann« bei Frei (S. 149) verfehlt Globke und den armen Eckermann allerdings gleichermaßen. Siehe dazu demnächst meine Studie »Vergangenheitsabwehr. Adenauers Staatssekretär, der BND und die Eichmann-Bedrohung«, Berlin 2026.

Adenauers Demokratieverständnis und Demokratiepraxis

Beide Historiker erkennen in dem Gründungskanzler einen »lernstarken Demokraten« (Frei, S. 267), konstatieren aber auch, dass gut drei Jahrzehnte nach den ersten großen wissenschaftlichen Lebensbeschreibungen »die Zahl der Themen und Fragen, die an eine neue Adenauer-Biografie zu richten sind, noch einmal erheblich gewachsen« ist (Kießling, S. 15). Sehr überzeugend analysiert Kießling denn auch Adenauers Weltbild und Politikverständnis, wie es in dem halben Jahrhundert vor seiner Kanzlerschaft entstanden war: seine autoritäre, etatistisch-konservative Grundhaltung und sein Denken weniger von der Gesellschaft als vom Staate her, das er mit vielen Weggenossen und den meisten Funktionseliten teilte, die 1949 wieder in verantwortliche Positionen einrückten; zweifelsfrei ein Demokrat, aber eben ein am Institutionengerüst orientierter Staatsdemokrat. Noch gegen Ende seiner Kanzlerschaft sagte er von sich: »Ich bin diktatorisch, nur mit starkem demokratischem Einschlag.« (Zit. nach Kießling, S. 381)

Das hinderte den ersten Bundeskanzler unter dem Druck der Regierungsverantwortung freilich nicht an Modifizierungen seiner in Jahrzehnten gewachsenen Grundhaltung. So knüpfte Adenauer nach dem Krieg, wie Kießling in Abgrenzung zu Hans-Peter Schwarz betont, gerade nicht bruchlos an die Ideen von vor 1933 an, sondern schlug namentlich in seiner entschieden europäisch orientierten Konzeption der Westbindung neue Wege ein. Diese Wandlungsbereitschaft gilt insbesondere auch für die wichtige und zu Recht herausgestellte Tatsache, dass seine Erfahrungen während des Nationalsozialismus ihn in zu einer »Erweiterung seines Demokratieverständnisses« (Kießling, S. 458) und dazu führten, die Würde und die Freiheit der Person zunehmend als zentralen politischen Wert herauszustellen. Ähnlich wie schon als Oberbürgermeister in Köln war er überdies stets bereit, Entwicklungen der Moderne aufzunehmen und in kühnen Entscheidungen mit »lauter Experimenten« (ebd., S. 412) Politik zu machen – ganz anders, als es die rasch vergebene Etikettierung als »Reaktionär« wahrhaben wollte und es die Wahlslogans seiner CDU nahelegten.

Obleich Adenauer immer für eine demokratische Staatsorganisation einstand und damit zu einer Entradikalisierung des deutschen Konservatismus beitrug, bewegte sich seine Regierungspraxis zwischen pluralismusskeptischem Pragmatismus und skrupellosem Machiavellismus. Nachgerade kategorial anders als seine Nachfolger Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger, geschweige denn Willy Brandt (»Mehr Demokratie wagen!«), scheute der Bundeskanzler zur Durchsetzung seiner Vorstellungen im Regierungslager, erst recht aber gegenüber der Opposition nicht vor fragwürdigen, illegitimen und illegalen Machenschaften zurück. Der Zweck heiligte seine Mittel. Beide Biografien lassen es nicht an Deutlichkeit fehlen, sei es im Hinblick auf die Medienpolitik einer »sich zunehmend als Staatspartei begreifenden Adenauer-CDU« (Frei, S. 187), auf die halblegalen und auch als innerparteiliches Disziplinierungsinstrument dienenden Methoden der CDU bei der Geldbeschaffung (die in der maßstabsetzenden Biografie von Schwarz nicht vorkommen) sowie auf sein bedenkenloses Vorgehen gegen den »Spiegel« oder sei es bei der Schilderung seiner Konfrontation mit der Sozialdemokratie, die der Regierungschef nicht nur mit politischen, sondern sogar mit geheimdienstlichen Mitteln bekämpfte.

Die SPD war für ihn kein Mitbewerber, sondern explizit ein Feind. Über die Markierung der Frontstellung gegen den Sozialismus sowjetischen Typs hinaus ließ sich der weltweit grassierende Antikommunismus, der zugleich ein wirksamer Antipluralismus war, im Westen des geteilten Deutschlands besonders leicht als eine aus der NS-Zeit vertraute, lediglich seines rassistischen Kerns entkleidete Integrationsideologie instrumentalisieren und auf den demokratischen Sozialismus erstrecken. Adenauer wandte den ideologisch aufgeladenen Antagonismus des Kalten Krieges gezielt nach innen und warf die demokratischen Sozialisten nicht nur in der Wahlpropaganda als »Marxisten« in einen Topf mit den Kommunisten, obwohl sich diese doch in Wirklichkeit, zumal in der sowjetischen Besatzungszone, in epochaler Gegnerschaft gegenüberstanden. Geradezu manichäisch, in unausgesetztem Alarmismus und vollem Ernst beschwor der CDU-Vorsitzende den Untergang Deutschlands, sollte die SPD in

Bonn die Oberhand gewinnen. Adenauer habe an der »alarmistischen, teilweise apokalyptisch anmutenden Weltsicht des Ost-West-Konflikts bis an sein Lebensende« festgehalten, schreibt Kießling (S. 457).

Die Verleumdungen der SPD klangen deshalb selbst nach deren programmatischer, auch deutschlandpolitischer Wende 1959/60 ebenso wenig ab wie ihr nachrichtendienstliche »Aufklärung«.⁷ Die von 1953 bis 1962 währende, ganz und gar gesetzwidrige Operation zur Ausforschung des sozialdemokratischen Parteivorstands durch den BND war nur möglich, weil dessen Präsidenten Reinhard Gehlen und den Kanzleramtschef Globke ein nachgerade symbiotisches »Do ut des«-Verhältnis verband. Dass Adenauer sich in den Gründungsjahren der zweiten deutschen Demokratie auf diese Weise Einblick in die Parteizentrale seines politischen Hauptwidersachers verschaffte, verdunkelt seine meist wenig thematisierten finsternen Seiten weiter. Frei nennt Adenauers Watergate eine »monströse Affäre« (S. 190), die bei Bekanntwerden wohl den Rückzug des Regierungschefs erzwungen hätte. Doch belegt sie nicht bloß einen weiteren »Machtmissbrauch der Exekutive in der parlamentarischen Demokratie« (Kießling, S. 392), es war tatsächlich ein Demokratieverbrechen. Man wird sehen, wie unsere Erinnerungsstätten und historischen Museen ihrem Publikum künftig die Realität der Adenauer-Zeit zugänglich machen werden, die nun in den beiden neuen Biografien des Gründungskanzler fixiert ist.

Konrad Adenauer zählt gleichwohl zu den großen Gestalten der europäischen Geschichte. Er hat die nachnationalsozialistische westdeutsche Gesellschaft in zeittypischer, polarisierender Unbedingtheit formiert und das für seine Nachbarn wie für nicht wenige seiner eigenen Bürger lange so furchteinflößende Deutschland unter Aufsicht der Westalliierten mit weichenstellenden Normalisierungsschritten auf den Weg zu einer stabilen Demokratie gelenkt. »Die junge deutsche Demokratie wurde zur Erfolgsgeschichte dank Konrad Adenauer – und trotz Konrad Adenauer«, ist kürzlich gesagt worden.⁸ Hagiografischen Versuchungen ganz unzugänglich, haben Norbert Frei und Friedrich Kießling diese bedeutsame Etappe unserer Geschichte gekonnt beschrieben und nebenher das Vorurteil widerlegt, deutsche Historiker verstünden so etwas nicht mit derselben Eleganz wie ihre angelsächsischen Kolleginnen und Kollegen.

Zitierempfehlung

Klaus-Dietmar Henke, Doppelrezension zu: Norbert Frei, Konrad Adenauer. Kanzler nach der Katastrophe. Biographie, C.H. Beck, München 2025; Friedrich Kießling, Adenauer. Dreieinhalb Leben – Biografie, dtv, München 2025, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 66, 2026, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82122.pdf>> [19.1.2026].

⁷ Vgl. dazu Klaus-Dietmar Henke, Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage des BND in der Ära Adenauer, Berlin 2022, S. 545 ff.; ders., Adenauers Watergate. Die Geheimoperation des BND gegen die SPD-Spitze, Berlin 2023.

⁸ Joachim Käppner, Die Bereitschaft, das Gesetz zu brechen, in: Süddeutsche Zeitung, 10.4.2022.